

## Politische Rundschau.

Der Kaiser und die Sozialdemokratie. In Breslau hat der Kaiser eine Deputation von Arbeitern empfangen, welche ihm ihren Dank für das Vertrauen ausdrücken, das er in der Essener Rede den deutschen Arbeitern geschenkt. Gleichzeitig gelobten sie unentwegte Treue mit der Bitte zu Gott, er möge den Kaiser segnen und schützen immerdar. Auf diese Huldigung antwortete der Kaiser in einer längeren Ansprache. Er dankte den Arbeitern, daß sie seine in Essen ausgesprochenen Erwartungen nicht getäuscht und das Andenken seines „seligen Freundes Herrn Krupp“ vorwurfsfrei wahren geholfen. Interessant aber ist die Ansprache durch das was der Kaiser über die soziale Gesetzgebung, die Sozialdemokratie und die Vertretung der Arbeiter im Parlament gesagt hat. Der Kaiser hob hervor, daß durch die soziale Gesetzgebung für die Arbeiter eine gesicherte und gute Existenzbedingung bis ins Alter hinein geschaffen worden sei unter der Auserlegung von oft recht bedeutenden Opfern für die Arbeitgeber. Er wies auch auf die Fortentwicklung dieses Werkes in Deutschland hin. Ohne Frage ist der Kaiser berechtigt, die soziale Gesetzgebung Deutschlands zu rühmen. Wir hoffen, daß die Freunde, welche der Kaiser offenbar an dem Ausbau der sozialen Fürsorge empfindet, eine Gewähr dafür bieten möge, daß diese Gesetzgebung nicht zum Stillstand gelangt ist, sondern den Bedürfnissen der Zeit folgend unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Industrie und Landwirtschaft mit Beonnenheit, aber auch ohne kleinliche Bedenken fortführt. Leider müssen wir es uns versagen, wegen der Ueberfülle des Stoffes für die heutige Nummer näher auf diesen Punkt einzugehen. Das herausfordernde Auftreten der Sozialdemokratie, wie man es auch jetzt im Reichstag erleben muß, ist schuld daran, daß auch die Vertreter einer besonnenen, auf die Leistungsfähigkeit aller Beteiligten rücksichtnehmenden Sozialreform jetzt mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, um auch nur kleine Fortschritte zu Stande zu bringen. Das beweist der Antrag Trimborn bezüglich einer Witwen- und Waisenversorgung; der Antrag ist mit nicht sehr großer Mehrheit bei der zweiten Lesung des Zolltariffs angenommen worden, und durch die Schuld der Sozialdemokratie ist es leider nicht ausgeschlossen, daß diese Mehrheit sich bei der dritten Lesung in eine Minderheit verwandelt. Unter solchen Umständen sind die Warnungen des Kaisers vor der Sozialdemokratie durchaus berechtigt. Der Kaiser hat Recht, wenn er die Behauptung der sozialdemokratischen Agitatoren, daß wenn die Arbeiter nicht der sozialdemokratischen Partei angehörten, sie ihren berechtigten Interessen kein Gehör verschaffen könnten, als eine grobe Unwahrheit und einen schweren Irrtum kennzeichnet. Thatsächlich ist fast Alles, was an sozialer Fürsorge für die Arbeiter geschehen ist, gegen die Sozialdemokratie im Reichstag zu Stande gebracht worden. Nicht die Sozialdemokraten, sondern die christlich und monarchisch gesinnten Parteien, namentlich das Zentrum, hat die Versicherungs- und Arbeiterschutzgesetze geschaffen in Verbindung mit den Regierungen. Sicherlich würde die Sozialdemokratie, wenn sie eine wirkliche Arbeiterpartei wäre und ihre Abgeordneten aus einfachen Arbeitern beständen, viel mehr tatsächliche Fortschritte zu Gunsten des Arbeiterstandes bewirkt haben, als es die ewig hegende und alles verneinende Tätigkeit der Umsturzpartei tun konnte. Das ist wohl auch der Grundgedanke, der den Kaiser betrogen hat, zum Schlusse seiner Ansprache die Arbeiter aufzufordern, Kameraden aus ihrer Mitte, den einfachen schlichten Mann aus der Werkstätte als Arbeitervertreter des deutschen Arbeiterstandes, nicht einen Sozialdemokrat in die Volkvertretung zu entsenden. Möchten alle politischen Parteien, die das gegenwärtige Singerequiment im Reichstage verurteilen, eine neue lebhaftere Agitation gegen die Sozialdemokratie entfalten und dabei den letzten Gedanken des Kaisers weiter ausführen; in praktische Politik umgesetzt, heißt dieser Gedanke nichts anderes als: statt der Sozialdemokraten christliche Gewerkschafter in den Reichstag!

Ueber die künftigen Handelsverträge und die Kündigung der gegenwärtigen wurden am Freitag im Reichstag allerhand Gerüchte verbreitet, die teilweise auch ihren Weg in die Berliner Presse fanden. So soll die Regierung den Führern der Mehrheitsparteien mitgeteilt haben, das ganze Zolltarifgesetz müsse bis zum 23. Dezember verabschiedet sein, weil zu Neujahr eine Kündigung der Handelsverträge, und zwar vom Auslande her, zu erwarten sei. Zunächst kommen hier Oesterreich-Ungarn und Italien in Betracht. Mit Rußland sei bereits ein Einverständnis erzielt, sodas die Vorlage des neuen deutsch-russischen Handelsvertrages bereits in dieser Session, wahrscheinlich Ende Januar oder spätestens Anfangs Februar zu erwarten sei. Wir geben diese Gerüchte einstweilen rein referierend wieder, betonen aber sofort, daß sie in dieser Bestimmtheit wenigstens teilweise sicher falsch sind. Immerhin darf man sagen: die Herren haben etwas Läuten gehört, sie wissen nur nicht, wo die Glocken hängen.

Die Reichstagsersatzwahl für den zurückgetretenen Abgeordneten Jacobson (Frei. Volksp.) im Wahlkreise Schleswig-Holstein ist auf den 29. Januar festgesetzt worden.

Reichsschulden. Aus der dem Reichstage zugegangenen Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze ergibt sich, daß der in der vorjährigen Denkschrift vom 23. Okt. auf 2 633 283 592,52 Mark angegebene Gesamtbetrag der Anleihekredite bis zum 22. Okt. d. J. angewachsen ist auf 2 740 828 096,79 Mark.

Das Pensionsgesetz für die Staatsbeamten Sachsens. Wie die Neuef. N. melden, soll das Gesetz, die Pensionierung der Staatsbeamten betreffend, strenger als bisher gehandhabt werden, so daß sich Staatsbeamte, die das 65. Lebensjahr erreicht haben, nicht mehr im aktiven Dienst befinden werden. Ja, es soll sogar die Dienstaltersgrenze vom 65. auf das 60. Lebensjahr herabgesetzt werden. Freilich sollten dann auch die Pensionsverhältnisse eine Verbesserung erfahren und die Berechtigung zur Pension vom Tage der Anstellung beginnen. Das bedingt aber eine Umgestaltung des bestehenden Zivilstaatsdieneregesetzes. Denn so wie jetzt, fährt das Blatt fort, kann das Pensionsgesetz nicht länger nach Willkür und Ermessen gehandhabt werden, es können nicht

Beamte, die das auszunutzen verstehen oder die glauben, falls sie in Ruhestand treten, stehe die Staatsmaschine still, bis zum 70. Lebensjahr oder darüber im Amte verbleiben, während auf der anderen Seite Beamte mit kaum erfülltem 60. Lebensjahre gezwungen werden, den Abschied zu nehmen. Ein von der Regierung geschaffenes Gesetz erfordert die lokale Handhabung desselben in strenger Unparteilichkeit, sonst ist es eben kein Gesetz!

Eugen Richter als Antisemit. Die Berliner „Volkzeitung“ des Herrn Cohn, ein volksparteiliches, aber in Wahrheit dreiviertelsozialdemokratisches Blatt, führt einen erbitterten Kampf gegen den Abg. Richter, weil er die Abstraktion verdammt. So ziemlich das Schlimmste, was dieses Blatt Herrn Richter nachsagen zu können glaubt, ist, daß er heimlicher Antisemit sei. Darauf hofft sie der freif. Volkspartei auch die gesamte Jüdischheit abwendig machen zu können. Zum Beweise ihrer Anschuldigung kredet sie ihn an, daß er von den ihm unbehaglichen „liberalen“ Blättern in Wendungen schreibe wie: „Herr Arthur Lebysohn schreibt in dem Organ des Herrn Mosje“; „Herr Isidor Levy schreibt in der Boffische Zeitung“; „es heißt in dem Organ des Herrn Illstein“; „das Organ des Herrn Cohn schreibt“.

Ei, ei! Sollte Herr Richter damit nicht vielmehr jagen wollen, daß diese Organe nicht die Meinung einer Partei, sondern nur die geschäftlichen Interessen ihrer Beiziger vertreten?

Die Aufhebung des Jesuitengesetzes beunruhigt diejenigen liberalen Gemüter, die von der „Lante Boh“ politische Weisheit begehren, noch immer sehr lebhaft. Die „Boffische Zeitung“ macht, indem sie die bevorstehende Aufhebung des Jesuitengesetzes zum mindesten sehr vertritt, als eine feststehende Thatsache betrachtet, dem Bundesrat Vorwürfe, weil er seine Haltung zu dem Gesetze nicht von seiner Meinung über dessen Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit abhängig macht, sondern weil er in seiner Zustimmung zur Beilegung des Gesetzes oder doch des § 52 desselben einen Ausdruck des Wohlwollens gegen das Zentrum erblickt. Die konservativ „Kreuzzeitung“ sagt dazu:

„Wir sind der Meinung, daß, wenn der Bundesrat sich jetzt zur Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes entschließen würde, hierin nicht notwendig eine Erscheinungsform der Geschäftspolitik gegenüber dem Zentrum liegen würde, sondern viel eher der Ausdruck der Erkenntnis, daß die frühere Haltung des Bundesrats zu dem Gegenstande nicht gerechtfertigt war. Sachtlich stehen wir diesem etwa ebenso kühl gegenüber wie die „Boffische Zeitung“. Allein wir verstehen nicht, — und hierin erblicken wir die Eigenartigkeit ihrer Ausführungen — wie man von einem neuen Zugeständnisse gegen das Zentrum reden kann. Welche wesentlichen Zugeständnisse auf kirchenpolitischem oder mit der Kirchenpolitik zusammenhängendem Gebiete sind denn dem Zentrum in den letzten Jahren gemacht worden? Nicht einmal in der Frage der Zulassung konfessioneller Friedhöfe in den Gebieten des rheinischen Rechts ist man ihm entgegengekommen, obgleich diese Zulassung vor 7 Jahren vom Abgeordnetenhaus mit überwältigender Mehrheit gefordert wurde.“

Man wird sich diese Kritik der Kreuzzeitung (Nr. 569) an der kirchenpolitischen Haltung in der preussischen Regierung merken müssen für den Fall, daß ihr nahe stehende Pastorenkreise wieder einmal über zu große Berücksichtigung der Wünsche des Zentrums jammern.

Die Sozialdemokraten Berlins verhafteten sich auf Anwegen vom Pächter des Leo-Hofpils den Saal zu einer Versammlung. Die katholischen Arbeiter, die nicht dulden wollten, daß das ihren Zwecken dienende Leo-Hofpils durch eine sozialdemokratische Versammlung entwürdigt werde, waren schon frühzeitig in großer Zahl erschienen. Das Wort zur Geschäftsordnung wurde ihnen von dem sozialdemokratischen Einberufer aber nicht gestattet, und nun ließen sie die „Genossen“ einmal am eigenen Leibe erfahren, was diese im Reichstage jetzt ständig der Mehrheit und dem Präsidium gegenüber sich herausnahmen. Durch stürmisches Rufen zur Geschäftsordnung widerlegten sie sich dem unrechtmäßigen sozialdemokratischen Regiment, und als die Sozialdemokraten darauf erregt antworteten, gab es solchen Lärm, daß der Polizeikommissar die Versammlung auflöste.

Die letzten Stadtverordnetenwahlen in Breslau haben den Freisinnigen erheblichen Abbruch getan. Sie verloren 7 Mandate an die „Freie Vereinigung“, welche sich aus konservativen und Zentrum zusammensetzt. Von den 26 Stadtverordneten, welche dieses Jahr in der 2. und 3. Abteilung zu wählen waren, gehörten bisher der Fr. Vereinigung 12, den Liberalen 14 an; jetzt hat die Freie Vereinigung von diesen 26 Mandaten 19 erobert, während den Liberalen nur 7 verblieben. Unter diesen Umständen kann man den Zeitpunkt berechnen, in welchem die Freisinnigen, die von 101 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung jetzt immerhin noch 55 zählen, sich in der Minderheit sehen werden.

### Oesterreich-Ungarn.

In dem am Sonnabend stattgefundenen allgemeinen Ministerrate wurden über das weitere Vorgehen in der Ausgleichsfrage Beschlüsse gefaßt. Diefelbe drängt zugleich mit der Zolltariffrage zum Abschluß.

Sämtliche deutsche Fraktionen im Abgeordnetenhaus, ausgenommen die Alldeutschen, stimmten prinzipiell den von den deutsch-böhmischen Abgeordneten ausgearbeiteten Vorschlägen zu, welche als Grundlage für die Verhandlungen mit den Vertretern der Tschechen dienen sollen, unter der Bedingung, daß der Kampf auf der ganzen Linie des deutsch-tschechischen Sprachstreites eingestellt werde und das Parlament unzerstörlich an die Verantw. der für das Recht und für die produzierenden Klassen wichtigen Regierungsvorlagen herantrete.

### Italien.

Gegen das Eheheideungsgezet überreichte am 5. d. M. der Deputierte Bianchini in der Kammer die mit 8 1/2 Millionen Unterschriften versehene Petition; sie ist jedenfalls ein Novum, denn sie besteht aus nicht weniger als 177 Bänden.

### Rußland.

Die erste behördlich genehmigte Arbeiterversammlung sagte in Petersburg am 23. v. M. behufs Besprechung der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft. Bisher hatte die Regierung in Rußland noch keine Arbeiterversammlungen gestattet.

### Vereinigte Staaten.

Der Senatsausschuß beschloß die Konstituierung eines neuen Staates Oklahoma, welcher sich aus dem Indian-Territory und dem bisherigen Territorium Oklahoma zusammensetzen soll. Der neue Staat ist der sechsundvierzigste im Staatenbunde der Union und umfaßt über 70 000 englische Quadratmeilen mit 600 000 Einwohnern, darunter viele Deutsche.

### Aus Stadt und Land.

Dresden, den 9. Dezember 1902.

Die Sächsische Staatsbahnverwaltung hat die Buchhändler auf den Bahnhöfen ersucht, neben den Verkaufsgegenständen auch eine Anzahl Briefmarken vorrätig zu halten. Die Abgabe derselben an die Reisenden erfolgt natürlich zum Selbstkostenpreise.

Es wurde das Gerücht verbreitet, die Eisenbahnverwaltungen von Preußen und Bayern hätten es abgelehnt, sich der sächsischerseits geplanten Eisenbahn-Personentarif-Reform anzuschließen. Das „Dresdener Journal“ bezeichnet diese Nachricht für unrichtig, weil diese Verwaltungen zur Zeit von den speziellen Vorschlägen der sächsischen Regierung offiziell noch gar nicht in Kenntnis gesetzt worden seien. Auch seien die Erwägungen über die Reform im Schoße der Regierung noch nicht abgeschlossen.

An Stelle des durch die Veretzung des Amtshauptmanns von Schwarzberg, Dr. Krug v. Nidda, zur Amtshauptmannschaft Dresden-Mittstadt wird Regierungsrat bei der Kreisshauptmannschaft zu Chemnitz, Demmering, ernannt.

Die Agl. Porzellan-Manufaktur wird für dieses Jahr eine besondere Weihnachtsausstellung in den Räumen des Erdgeschosses im Verwaltungsgebäude des landwirtschaftlichen Kreditvereins im Königreich Sachsen in Dresden, Pragerstr. 36, einrichten und hat diese am 8. d. M. eröffnet.

Die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen, welche am vergangenen Freitag stattfanden, endeten mit einer Niederlage der Sozialdemokraten. Trotzdem die Gegner schon Wochen vorher die Werbetrümmel auf fräftigste gerührt und sich in Versammlungen gewaltig erhitzen hatten, ging die Wüste der vereinigten Parteien (konservative, Reform, Hausbesitzer u. j. w.) glatt durch. Gewählt wurden mit 6276 bis 9272 Stimmen als Anführer folgende Herren: Pietner, Ludwig Gust. Ad., Dr. med.; Frank, Ad., Alb., Tischlerinnungsmeister; Laube, Ernst Emil, Bürgerschullehrer; St. B.; Alimchen, Heinrich Ernst, Schmiede- und Aufbeschlagnstr.; St. B.; Blüthner, Johannes Oskar, Eisenbahnschaffner; St. B.; Ernst Hermann, Maschinenfabrikant, St. B.; Ditt, Gotthold Bernhard, Dr. med.; St. B.; Neuschild, Gust. Adolf, Schlosserinnungsmeister, Lokalrichter, Dornauer, Theodor Ludw. Friedr. Wilh., Privatmann, Glöb, Ferdinand Waldem., Buchdruckerbesitzer, St. B.; Danke, Deim. Ost., Kaufmann, St. B.; Schümden, Christian Karl, Baummeister, Mähring, Gust. Herm. Rich., Droguist, St. B.; Scholz, Waldem., Architekt, Gruna, Schumann, Gust. Herm., Privatmann, St. B.; Szentner, Karl Jos., Drechslerinnungsmeister, St. B.; Striegler, Emil, Klempnerinnungsmeister, Biedner, Karl Friedrich, Privatmann, St. B.; Reichmann, Karl Clemens, Maler u. Ladirer. Als Unanständige wurden gewählt mit 6136 bis 9276 die Herren: Stödel, Johannes Georg, Rechtsanwalt und Notar, Dr. jur., St. B.; Schiffer, Arthur Richard Hermann, Kaufmann, St. B.; Eduard Emanuel Paul, Uhrmacher, Innungsmeister, Putze, Karl Jul. Moris, Kollereidirektor, Dreher, Ernst Karl, Droguist, Schaffner, Wilhelm Robert Theodor, Professor an der Agl. Technischen Hochschule, St. B.; Popf, Friedrich Eugen, prakt. Arzt, Dr. med.; Graupner, Max Bernhard, Dr. med., St. B.; Althelm, Hermann Emil Max, Bezirksdirektor, St. B.; Clausen, Ernst Aug. Johannes, Buchdruckerbesitzer, St. B.; Claus, Ernst Max, Aktuar, Gerichtsschreiber, St. B.; Görsch, Ernst Emil Franz, Töpferinnungsmeister, Angermann, Alfred Bruno, Lackfabrikant, Dehler, Willibald, Rechtsanwalt, Zak, Albert Gustav Franz, Kaufmann.

Der Stadtgemeinderat zu Plauen i. V. hat 3 Preise für Entwürfe zu einem Stadtpark ausgesetzt.

Gegen die für den 13. d. M. geplanten 23 sozialdemokratischen Protestversammlungen kündigt das amtliche „Dresdener Journal“ unnachsichtliche Strenge gegen jede aufrührerische Agitation im Lande an.

Die am Sonnabend in Veidert's Gasthof zu Pieschen abgehaltene sozialdemokratische Protest-Versammlung gegen das feste Auftreten der Mehrheitsparteien im Reichstage, in der Reichstagsabgeordneter Raden sprach, wurde aufgelöst.

Auf dem Neustädter Bahnhofe gelangen von jetzt ab Arbeiterwochenkarten 4. Klasse nach Köhlitzbroda zur Ausgabe. Der Preis beträgt 1,10 Mk.

Der Unterricht in der Schifferische Schule zu Dresden beginnt am 13. d. M. vorm. 10 Uhr im Unterrichtslokale An der Frauenkirche 12, 3. Etage.

Verjährung der Schuldforderungen. Am 31. Dezember d. J. verjähren die Ansprüche der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker für gelieferte Waren und ausgeführte Arbeiten aus dem Jahre 1900, so weit sie nicht für den Gewerbebetrieb des Schuldners erfolgt sind, also die Privatkundschaft betreffen. Ist Ware oder Arbeit zu Geschäftszwecken geliefert, so verjähren in diesem Jahre am 31. Dezember diese Forderungen noch nicht, sondern erst am 31. Dezember 1903. Ferner verjähren am 31. Dezember 1902 die Forderungen von Gastwirten, Lotteriekollektoren, Fuhrleuten, Frachtführern, Lohnkutschern, Boten, Maklern, Gefindevermittlern, Dienstboten, gewerblichen Arbeitern, Lehrern, Ärzten, Rechtsanwälten und Notaren aus dem Jahre 1900.

Die allgemeine Verjährungsschrift ist auch jetzt noch die dreißigjährige. Auch verjähren Ansprüche, die rechtskräftig festge-